Neue Zürcher Zeitung

Die Grünen greifen die SP an

Machtspielchen gehören nicht zur DNA der Grünen – doch sie wollen der SP nicht länger den Vortritt lassen

ANDREA FOPP, BERN

Fragt man den SP-Co-Präsidenten Cédric Wermuth, wie es mit den Grünen gehe, lacht er fröhlich ins Telefon: «Immer wieder die gleiche Frage, aber es ist alles in Butter, wir arbeiten gut zusammen.» Stellt man dieselbe Frage Lisa Mazzone, wird sie ernst: «Die SP ist unsere wichtigste Partnerin», sagt die neue Chefin der Grünen. «Aber wenn es um die Macht geht, schaut die SP für sich. Und wir auch.»

Eigentlich sind sich die beiden Parteien nah – bei den Inhalten, aber auch machtpolitisch. Man geht Listenverbindungen ein, unterstützt sich bei Regierungswahlen, sucht rot-grüne Mehrheiten. Doch in letzter Zeit hört man den Satz «Wir schauen zuerst für uns» immer öfter. Meistens geht ihm ein Machtkampf voraus. Und meistens verlieren diesen die Grünen.

So jüngst im Thurgau. Die SP unterstützte bei den Regierungswahlen nicht etwa die Kandidatin der Grünen, sondern diejenige der SVP – um ihren eigenen Sitz ins Trockene zu bringen. Ein Bündnis der SP mit der SVP! Geht der Freisinn bei den Nationalratswahlen mit der Volkspartei zusammen, schreien Sozialdemokraten Zeter und Mordio. Wenn es um den eigenen Machtanspruch geht, schrecken sie dagegen selbst nicht davor zurück. Die Thurgauer Grünen waren entsprechend «stinksauer». «Möglicherweise werden wir in Zukunft auch SP-Sitze direkt angreifen», sagte der Kantonalpräsident.

In Basel-Stadt ist das bereits passiert. Als es um die Neubesetzung des SP-Sitzes von Bundesrat Beat Jans in der Regierung ging, schickten die Grünen einen eigenen Kandidaten in den ersten Wahlgang. Erfolglos. Nach den frostigen Tönen ist noch nicht klar, ob es bei den Erneuerungswahlen im Herbst zur traditionellen rot-grünen Allianz kommt.

Ähnliche Interessen, unterschiedliche Parteien: Im Zweifelsfall schauen Cédric Wermuth und Lisa Mazzone für sich. BILDER ANNICK RAMP / NZZ

«Wir schulden der SP nichts»

Es scheint sich schon länger etwas zu verschieben im Verhältnis der beiden Linksparteien. Und das geht vor allem von den Grünen aus. Mazzone fasst es so zusammen: «Wir Grünen machen einen Unterschied.» Es brauche die Partei und ihren Einsatz, beispielsweise für eine konsequente Klimapolitik. «Daher wollen wir Verantwortung übernehmen und unsere Wählerinnen und Wähler auch in den Regierungen angemessen vertreten.»

Doch die Aussicht, ins mächtigste Zentrum der Schweiz vorzudringen, haben die Grünen vorerst verspielt. Von da kommt auch die grosse Enttäuschung. Bei den Bundesratswahlen 2019 machten die Grünen trotz historischem Wahlerfolg von 13,2 Prozent strategisch alles falsch, was man falsch machen konnte. Und als sich die Partei im Dezember 2023 nach Wahlverlusten doch noch zu einer Kandidatur für den Bundesrat durchrang, verweigerte die SP dem grünen Kandidaten Gerhard Andrey ihre uneingeschränkte Unterstützung. Der Grund war derselbe wie im Thurgau: Die Sozialdemokraten antizipierten die Rache der Bürgerlichen und gewichteten die eigenen Sitze in der Regierung höher als den innerlinken Zusammenhalt.

Balthasar Glättli, Mazzones Vorgänger, läutete danach die Emanzipation ein. Er sagte den Tamedia-Zeitungen: «Wir sind wirklich befreit. Befreit von falschen Rücksichtnahmen und von einer Solidarität mit der SP, die von ihr nicht erwidert wird. Wir schulden der SP nichts mehr. Die SP hat heute eine wohltuende Klarheit geschaffen.»

Der Satz lässt tief blicken. Er sagt mehr über das grüne Selbstverständnis aus als über die SP. Während die Sozialdemokraten nie Mühe hatten, einen Machtanspruch zu formulieren, scheinen die Grünen sich erst langsam zu trauen. Doch wer sich aus einer schwächeren Position winden muss, nimmt Anlauf. Und kommt zuweilen mit ein wenig zu viel Eskalation beim Gegenüber an.

Wenn man Solidarität ernst nimmt, ist linke Politik eigentlich ein Widerspruch in sich. Denn Solidarität bedeutet Zusammengehörigkeit und gegenseitige Unterstützung. Doch Politik erfordert Macht. Und diese lebt trotz starkem Schweizer Minderheitenschutz vom Recht der starken Mehrheit. Und von wechselnden Allianzen – Freunde werden plötzlich zu Feinden und umgekehrt.

Die SP umtänzelt diesen Widerspruch seit langem erfolgreich. «Ich hatte nie ein Problem mit dem Willen zur Macht», sagt der Co-Präsident Cédric Wermuth. Er mache nicht Politik, um zu verlieren. Die Frage der sozialdemokratischen Politik sei schon immer, wie weit man in Kompromissen gehen könne, ohne sich aufzugeben. Die Schweizer SP hatte viel Zeit, das Machtspiel zu lernen. Sie entstand 1888 als Oppositionspartei, entwickelte sich aber im Laufe der Jahre zur Regierungspartei. Seit 1943 ist sie im Bundesrat vertreten, seit 1959 mit zwei Personen.

Bei den Grünen dagegen ist die Ablehnung der Macht bis heute Teil der DNA. Die Partei ging unter anderem aus zwei Vorgängerorganisationen hervor, die im Jahr 1983 gegründet wurden: den gemässigten Grünen und den alternativen Grünen. Die gemässigten Grünen wurden irgendwann zur Partei und nahmen nach und nach auch alternative Bewegungen auf, die sich eher als Aktivisten verstanden, die gegen Kernkraftwerke oder die Armee auf die Strasse gingen. Dieses aktivistische Selbstverständnis gehört bis heute zur grünen Identität – und steht manchmal dem Machtanspruch im Weg.

So ist die Skepsis nicht nur bei Regierungswahlen ein Problem. Während die SP und die Gewerkschaften Referendumsmacht haben, gewinnen die Grünen selten Referenden. Und tun sie es doch, demontieren sie sich auch gerne einmal selbst, wie beim Solarausbau im Wallis. Es gibt kaum schlechtere Werbung als Grüne, die gegen die Solarenergie sind. Ob es für das Gros der Wählerschaft inhaltlich tatsächlich einen Unterschied macht, ob ein Grüner oder eine Sozialdemokratin in der Regierung sitzt, ist fraglich. Die beiden Parteien haben relativ viele Wechselwähler, die sich je nach Themenkonjunktur für die eine oder die andere Partei entscheiden.

Ein öffentlicher Schlagabtausch

2019 stand das Klima hoch im Kurs – die Grünen gewannen, die Roten verloren. Worauf SP-Politiker Journalisten hinter vorgehaltener Hand bei jeder passenden Gelegenheit wissen liessen, sie seien genau so gut in Umweltpolitik wie die Grünen. Der Konflikt kulminierte in einem öffentlichen Schlagabtausch über die Idee eines Klimafonds, die beide Parteien für sich beanspruchten. Mittlerweile haben sie eine entsprechende Initiative zusammen eingereicht.

Seither zeigen sich inhaltliche Unterschiede national vor allem bei der Aussenpolitik, wo die Grünen trotz veränderter geopolitischer Lage immer noch deutlich pazifistischer unterwegs sind als die Sozialdemokraten. Es ist beispielsweise fraglich, ob die Grünen den jüngsten Deal zum Militärbudget und zur Entwicklungszusammenarbeit mittragen, den Mitte- und SP-Politikerinnen ausgehandelt haben. Beim Machtspiel gilt: neues Präsidium, neues Glück. Lisa Mazzone hat nach den Verlusten bei den nationalen Wahlen und ihrer eigenen Abwahl aus dem Ständerat die Führung der Partei übernommen, um vorwärtszuschauen.

Der Klimaschutz werde derzeit geschwächt: «Es braucht uns mehr denn je.» Dabei kann die Partei einen ersten Erfolg verzeichnen. In der Stadt Luzern ist die Grüne Korintha Bärtsch gerade mit einem Glanzresultat in die Regierung eingezogen – mit Unterstützung der SP. Bärtsch gilt als kompetentes Animal politique – und sie kommt bei den Luzern an. Das zeigt: Wenn die Grünen mit unschlagbarem Personal kommen, können sie durchaus mit der SP mithalten, zumindest im urbanen Raum.

Das beobachtet auch die Politikwissenschafterin Sarah Bütikofer: «Die Partei zeigt ja in etlichen Städten, dass sie regierungsfähig ist.» Zwar spielt die Themenkonjunktur im Moment gegen die Grünen. Doch das könne sich drehen, sagt Bütikofer mit Verweis auf das umstrittene Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Der Erfolg der Klimaseniorinnen hat in den letzten Tagen viel zu reden gegeben und dazu geführt, dass Klima- und Umweltpolitik wieder präsenter sind. Im Juni stimmt die Bevölkerung ausserdem über das Stromgesetz ab, welches Mazzone und ihre Grünen im Parlament massgeblich mitgeprägt haben. Die Umfragen weisen bislang auf ein Ja hin. Dieser Erfolg könnte der Partei den nötigen Schub geben.

Die Frage ist, ob es den Grünen in Zukunft noch stärker gelingen wird, solche Chancen in machtpolitische Erfolge umzumünzen. Mazzone zumindest hat in der Vergangenheit taktisches Geschick bewiesen. Jetzt sagt sie: «Wenn Macht einer besseren Zukunft dient, sind wir Grünen voll dabei.» Und sendet damit auch gleich eine beruhigende Botschaft sowohl an die jungen Woken auf der Strasse als auch die traditionellen Wollpullover-Grünen auf dem Land aus: Macht als Selbstzweck ist tabu. Es geht immer noch darum, die Welt zu verbessern.

Kommt jetzt der künstliche Jurist?

KI führt in der Justiz zu neuen Wegen – bereits 36 Prozent der Rechtsgelehrten arbeiten mit der technischen Innovation

URS FELLER UND MOHAMED HASNAOUI

Künstliche Intelligenz (KI) beherrscht die Debatten in Politik, Wirtschaft und Medien. Drei Angebote stechen dabei hervor: Googles Gemini, Microsofts Copilot und der derzeitige Branchenprimus Chat-GPT von Open AI. Man kann ihnen Fragen stellen, und sie antworten sofort. Sie helfen, Texte zu schreiben, Zusammenfassungen zu erstellen oder sogar Bilder zu zeichnen.

Die Qualität der Interaktion wird stark von den Prompts beeinflusst. Das sind die Fragen und Anweisungen, die die Benutzer diesen Chatbots geben. So kann Chat-GPT etwa angewiesen werden, die Perspektive eines Juristen einzunehmen und ein Rechtsdokument oder einen Vertrag über den Kauf eines Unternehmens zu erstellen. Daraufhin erstellt Chat-GPT verschiedene Vertragsklauseln, die durch Inputs ergänzt oder modifiziert werden. Wie häufig KI bereits eingesetzt wird, zeigt eine Umfrage von Lexis Nexis, wonach 36 Prozent der befragten Juristen angaben, KI für ihre tägliche Arbeit zu nutzen.

Noch nicht wirklich intelligent

Eine aktuelle Studie von Goldman Sachs geht sogar davon aus, dass in Zukunft 44 Prozent der Arbeit von Anwälten und Juristen in den USA und Europa von KI übernommen wird. Wirklich intelligent sind diese Chatbots allerdings noch nicht. Auch wenn Chatbots Wörter und ganze, verständliche Texte und Sätze ausspucken, steckt dahinter ein zahlenbasiertes neuronales Netzwerk mit 176 Milliarden Verknüpfungen und Optionen (Tendenz steigend).

Doch nicht immer ist alles richtig, was die KI als Antwort präsentiert. Googles Gemini machte kürzlich mit Darstellungen schwarzer Wehrmachtssoldaten auf sich aufmerksam. Das als «Halluzination» bezeichnete Phänomen beschreibt Vorfälle, in denen die KI ein vermeintlich überzeugendes Ergebnis präsentiert, das nicht durch Fakten gestützt wird.

Den Chatbot auf falsche Antworten hinzuweisen, kann man sich aber sparen. Bis jetzt lernt er nur von Entwicklern und Programmierern. Anwaltskanzleien und Gerichte zählen deshalb zu den Skeptikern fortschreitender Digitalisierung, wie auch eine Legal-Tech-Umfrage zeigt. Einige Kanzleien lassen sich ihre KI-Lösungen von spezialisierten Programmierern massschneidern. Als Datenbasis dienen die eigenen juristischen Schriftsätze und Dokumentationen. So soll verhindert werden, dass der Chatbot aus den Weiten des Internets Phantasielösungen kreiert und das wertvolle Know-how der Kanzleien auf fremden Servern landet.

Doch die Technik hat enorme Vorteile: unabhängig davon, für welches Modell man sich auch entscheiden mag. Das aufwendige Zusammenfassen von Urteilen und Literatur, Heraussuchen von Fundstellen und Entwerfen einfacher Verträge kann der KI überlassen werden. Dadurch bleibt mehr Zeit für die anspruchsvolleren Aufgaben, was im besten Fall in Effizienzgewinn resultiert. Auf jeden Fall wird die Entwicklung von KI die Arbeitsweise von Juristen und Anwälten spürbar verändern.

Erfolg mit fremden Inhalten

Neben den vielen Vorteilen, die KI bietet, müssen allerdings auch die damit verbundenen Risiken und Herausforderungen berücksichtigt werden. Mit ihrem zunehmenden Einfluss auf die Arbeitswelt tauchen weitere Fragen und Probleme auf, besonders im Urheber-, Datenschutz- und Strafrecht. Derzeit klagt die «New York Times» gegen Open AI und deren Investor Microsoft. Letzterer hat sich für 10 Milliarden US-Dollar den Open-AI-Algorithmus zur Verwendung in Microsoft-Produkten gesichert. Der Verlag macht verschiedene Urheberrechtsverletzungen geltend.

Der Vorwurf erinnert an die jahrelangen Rechtsstreitigkeiten zwischen Google und Verlagen weltweit. Denn Chat-GPT greift auf das Wissen des Verlags der «New York Times» zu, nutzt deren Datenbanken mit Millionen von Artikeln und präsentiert sie den eigenen Nutzern, ohne dafür Lizenzgebühren zu zahlen. Das wirft grundsätzlich die Frage auf, wie mit der Kommerzialisierung von KI umgegangen werden soll. Will man mit seinen Inputs eine KI füttern, die so besser wird und ihr Wissen anderen Nutzern zur Verfügung stellt? Wird der vermehrte Einsatz von KI die beruflichen Fähigkeiten von Juristen beeinträchtigen oder durch die Kombination mit technologischer Effizienz die juristische Arbeitswelt nachhaltig verbessern? Sicher ist: Stoppen lässt sich die Entwicklung nicht mehr – denken wir also positiv.

Urs Feller ist Partner, **Mohamed Hasnaoui** Associate der Zürcher Kanzlei Prager Dreifuss. Sie unterstützen bei rechtlichen Fragen zu KI.